

## FRANKREICH 2013: WENDE ODER ABSTURZ?

*Norbert Wagner*

So hatte Präsident François Hollande sich das erste Jahr seiner Amtszeit sicher nicht vorgestellt: Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit steigt auf Rekordniveau, die Gewerkschaften gehen auf Konfrontationskurs, die den Wähler und den EU-Partnern versprochene Senkung des Haushaltsdefizits misslingt. Frankreich wird bereits als „kranker Mann Europas“ bezeichnet. Auch die entschlossene Entsendung von Truppen nach Mali oder das heftig umstrittene Gesetz über die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe inklusive Adoptionsrecht können offenbar die Bilanz von Präsident Hollande und seiner Regierung in den Augen der Franzosen nicht aufpolieren.

Selbst Arbeitsminister Michel Sapin sprach in einem vielleicht etwas unbedachten Moment von einem total bankrotten Staat („C'est un État totalement en faillite“). Auch wenn er anschließend etwas zurückrudern musste, die Zahlen sind beunruhigend: Der Schuldenstand liegt bei 91,3 Prozent des BIP, das Budgetdefizit bei mindestens 3,7 Prozent im Jahr 2013, und es wird wohl auch im Jahr 2014 deutlich über drei Prozent liegen. Die EU prognostiziert sogar knapp vier Prozent. Das Defizit der Rentenkassen wird im Jahr 2017 21,3 Milliarden Euro betragen, die Arbeitslosigkeit (alle Kategorien zusammen) beträgt 5,56 Millionen, das Außenhandelsdefizit 67 Milliarden Euro (2012) und der Anteil der Staatsausgaben am BIP 56,3 Prozent (2012).

Und die negative Entwicklung droht sich fortzusetzen. 75 Prozent der Franzosen erklärten in einer Umfrage Anfang März 2013,<sup>1</sup> sie hätten „wenig Vertrauen“ in die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Allein seit Anfang Januar



Dr. Norbert Wagner leitet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Paris.

1 | „Baromètre de l'Economie Mars 2013“, *Bulletin de veille stratégique (BVA)*, Paris, 07.03.2013.

**54 Prozent der Franzosen plädieren für eine Reduktion der Staatsausgaben zum Abbau des Defizits. Nur acht Prozent meinen, man sollte Steuern und Abgaben erhöhen.**

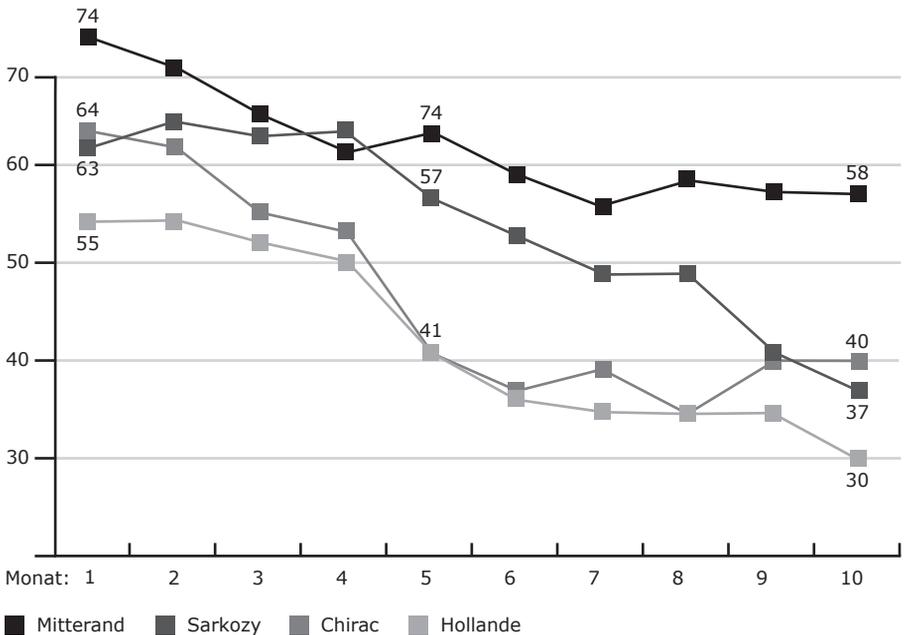
stieg dieser Wert um 16 Prozentpunkte. Damit liegt das Vertrauen auf ähnlich niedrigem Niveau wie nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im Herbst 2008. Für viele der Befragten ist die aktuelle Krise persönlich spürbar: 37 Prozent befürchten Entlassungen in ihren Betrieben. Dabei haben die Franzosen klare Vorstellungen, wie Schulden und Defizit abgebaut werden sollten: 54 Prozent plädieren für eine Reduktion der Staatsausgaben, vor allem durch Verringerung der Anzahl der Staatsbediensteten. Nur acht Prozent meinen, man sollte Steuern und Abgaben erhöhen.

Noch nie in der V. Republik ist ein neugewählter Präsident während der ersten Monate seiner Amtszeit in den Umfragen so abgestürzt wie François Hollande. Jeder Präsident musste anfänglich der Kluft zwischen den hochgesteckten Erwartungen und den Niederungen der Wirklichkeit Tribut zollen. Keiner lag aber nach zehnmonatiger Amtszeit in den Umfragen nur noch bei 30 Prozent „Vertrauen“. „Kein Vertrauen“ in Hollande haben natürlich vor allem die Sympathisanten der bürgerlichen Parteien (92 Prozent). Aber auch unter den Anhängern der Linken selbst befinden sich zahlreiche Enttäuschte (39 Prozent). Darunter 54 Prozent der Anhänger der extremen Linken, 46 Prozent der Anhänger der Grünen und gar 32 Prozent der Anhänger von Hollandes eigener Partei, der Parti Socialiste (PS). Und diese Werte berücksichtigen noch nicht die Auswirkungen des Skandals um den jüngst zurückgetretenen Haushaltsminister Jérôme Cahuzac, der nach langem Leugnen zugeben musste, dass er über ein Konto in der Schweiz mit offenbar un versteuerten Einnahmen aus seiner Tätigkeit als Schönheitschirurg und Berater verfügte.

Die Menschen scheinen zu spüren, dass die negative Entwicklung in Frankreich nicht schicksalhaft über das Land gekommen ist, sondern dass Hollande und seine Regierung kein brauchbares Rezept oder falsche Ansätze zur Bekämpfung der Krise haben. 54 Prozent der Franzosen meinen, die Reformen der Regierung gingen nicht weit genug. Es kommt hinzu, dass der Präsident als entscheidungsschwach gilt, der Premierminister als zu bedächtig und einige Minister offenbar den Ernst der Lage noch nicht ganz erfasst zu haben scheinen.

Abb. 1

**Entwicklung der Zustimmungswerte französischer Staatspräsidenten nach zehnmonatiger Amtszeit in Prozent**



Quelle: Albert Zennou, „Un record d’impopularité pour un président de la République“, *Le Figaro*, 05.03.2013, <http://lefigaro.fr/politique/2013/03/04/01002-20130304ARTFIG00504-un-record-d-impopularite-pour-un-president-de-la-republique.php> [17.05.2013].

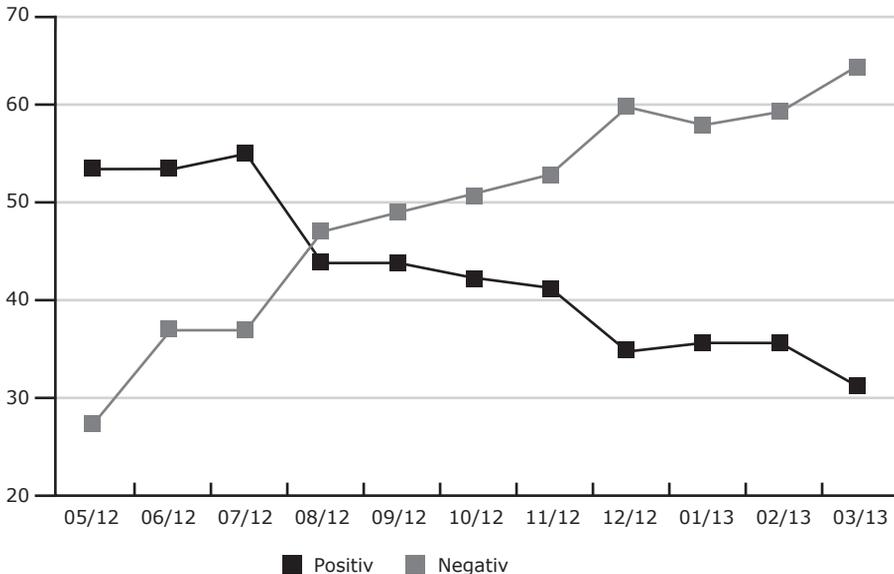
Die Franzosen sind aber nicht nur überzeugt, dass Hollande die falschen Rezepte anwendet oder in seinem „Reform-eifer“ nicht weit genug geht. Eine Mehrheit glaubt auch, der Präsident werde seine Versprechen nicht einhalten, etwa das Ziel, ein Haushaltsdefizit von drei Prozent zu erreichen, die Senkung der Arbeitslosigkeit oder die Konstanz der Abgaben und Steuern für die mittleren Einkommensgruppen. Dabei ist die Mehrheit davon überzeugt, dass ihm dies weder in diesem Jahr noch bis zum Ende seiner fünfjährigen Amtszeit gelingen wird. Selbst die Anhänger von Hollande, die glauben, dass er seine Versprechen einhalten wird, erwarten dies nicht mehr für das Jahr 2013.

Die Beurteilung von Premierminister Jean-Marc Ayrault zeigt einen vergleichbaren Verlauf. So fragen sich schon Beobachter, ob Präsident Hollande und seine Regierung

innerhalb der verbleibenden vier Jahre noch einmal aus diesem Popularitätstief entkommen können. Denn die Enttäuschung spiegelt vor allem die Stimmung unter der eigenen Wählerschaft wider und weniger eine wachsende Mobilisierung der bürgerlichen Opposition aus UMP und UDI. Der Popularitätsverlust ist vor allem Ausdruck der Kritik an Hollandes Person und seinem Politikstil, aber auch der Kritik an seiner Politik. So ist ein großer Teil der linken Wählerschaft der Meinung, Präsident Hollande betreibe eine schlechte Politik. Und die Mehrheit der Franzosen ist der Auffassung, dass Präsident Hollande überhaupt keine Politik betreibe.<sup>2</sup>

Abb. 2

**„Wie beurteilen Sie die Arbeit von François Hollande als Präsident der Republik?“, Umfrageergebnisse in Prozent**



Quelle: „Le baromètre de l'action politique“, IPSOS, *Le Point*, 11.03.2013, [http://ipsos.fr/sites/default/files/attachments/rapport\\_barometre\\_politique\\_ipsos\\_lepoint\\_11\\_mars\\_2013.pdf](http://ipsos.fr/sites/default/files/attachments/rapport_barometre_politique_ipsos_lepoint_11_mars_2013.pdf) [17.05.2013].

## ARBEITSLOSIGKEIT

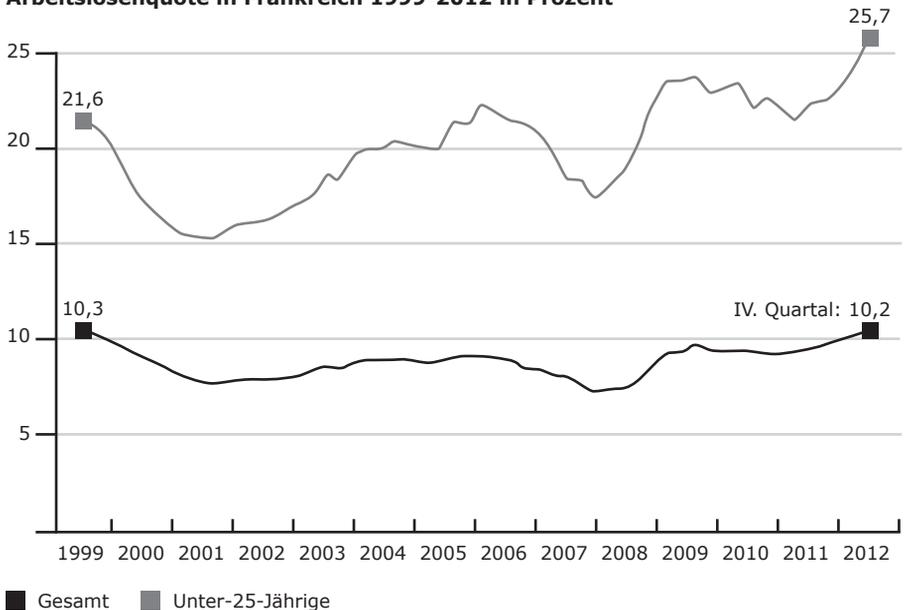
Größtes Problem der Regierung Hollande ist die wachsende Arbeitslosigkeit. Im vierten Quartal 2012 hat die Arbeitslosigkeit in Frankreich die Schwelle von zehn Prozent

2 | Hervé Gattegno, *Le Point*, 13.03.2013.

übersprungen. Einschließlich der Übersee-Départements lag der Wert bei 10,6 Prozent (rund drei Millionen). Besorgniserregend ist dabei nicht nur die absolute Höhe, sondern auch die Geschwindigkeit der Zunahme der Arbeitslosenzahlen. Noch gravierender ist die Lage, wenn auch die versteckte Arbeitslosigkeit berücksichtigt wird. Das nationale Statistikamt (INSEE) schätzt die Anzahl derjenigen, die nicht arbeiten, aber gerne arbeiten würden, auf 3,7 Millionen. Nach den Statistiken der Arbeitsverwaltung (Pôle emploi) sind die Zahlen sogar noch höher: Auch im Jahr 2013 setzte sich diese negative Entwicklung fort. Ende Februar 2013 waren 3.187.700 Arbeitslose gemeldet (Pôle emploi, 26. März 2013) bzw. knapp fünf Millionen Arbeitslose, berücksichtigt man all jene, die überhaupt keiner und nur einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen. Für Ende 2013 ist mit rund elf Prozent Arbeitslosen zu rechnen.

Abb. 3

### Arbeitslosenquote in Frankreich 1999-2012 in Prozent



Quelle: „Au plus haut depuis le 2<sup>e</sup> trimestre 1999“, Insee, *Le Figaro*, 07.03.2013.

Besonders dramatisch ist allerdings die Lage unter den Jugendlichen (unter 25 Jahren). Jeder vierte von ihnen war im vierten Quartal 2012 arbeitslos. Noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1975 wurde ein so hoher Wert

gemessen. Auch hier ist die Geschwindigkeit des Anstiegs besonders besorgniserregend.

### **ARBEITSMARKTPOLITIK**

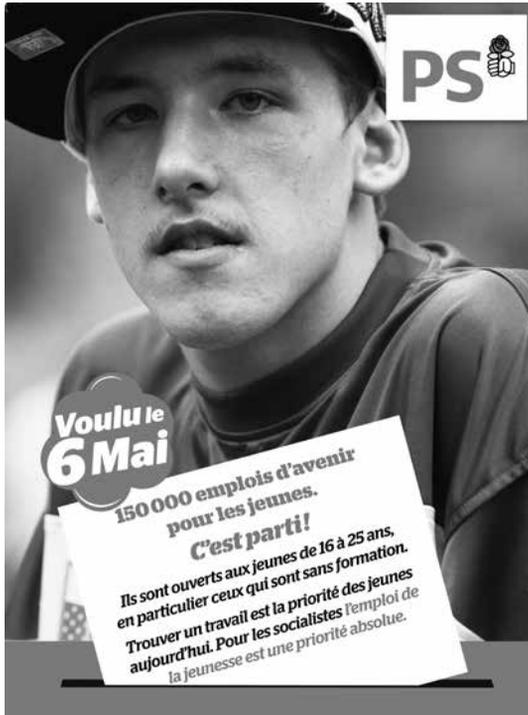
Die bisher von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben noch keine erkennbaren Wirkungen gezeigt, teils weil ihre Umsetzung nur langsam vorankommt, teils weil sie den Kern des Problems nicht berühren.

Das Programm Arbeitsplätze der Zukunft („*emplois d’avenir*“) zielt auf Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren mit keiner oder nur geringer Qualifikation. Die neuen Arbeitsplätze sollen sich im kommerziellen (*marchand*) und nicht-kommerziellen (*non-marchand*) Sektor finden, insbesondere aber bei den Gebietskörperschaften, Vereinen und gemeinnützigen Einrichtungen. Die Arbeitsplätze sollen vor allem einen sozialen und umweltbezogenen Nutzen haben oder zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen, um den Jugendlichen eine langfristige Beschäftigungsperspektive zu eröffnen.

Ein Arbeitgeber im nicht-kommerziellen Sektor erhält vom Staat drei Jahre lang einen Zuschuss in Höhe von 75 Prozent des Mindestlohns (Smic: 9,43 Euro pro Stunde bzw. 1.430 Euro pro Monat). Sofern es sich um einen Arbeitsplatz im kommerziellen Bereich handelt, sinkt der Förderbetrag jedoch auf nur 35 Prozent des Smic. Das Programm wurde am 1. November 2012 aufgelegt. Bis Mitte März 2013 sind 10.000 entsprechende Verträge unterzeichnet worden. Ziel der Regierung ist es, bis Ende des Jahres 2013 100.000 *emplois d’avenir* zu schaffen.

Es entspricht einem Wesenszug französischer Politik – und das Programm „*emplois d’avenir*“ ist hierfür ein weiteres Beispiel –, dass sie von staatlicher Intervention und vom Staatssektor mehr erwartet als vom Eröffnen von Freiräumen und vom Privatsektor. Kaum ein anderes Land setzt derart auf öffentlich geförderte Beschäftigungsverträge (*contrats*). Und kaum ein Land konzentriert sich dabei so sehr auf den öffentlichen bzw. nicht-kommerziellen Sektor, obwohl hinreichend bekannt sein dürfte, dass jemand, der aus einer geförderten Beschäftigung im öffentlichen Sektor

kommt, eine wesentlich geringere Chance hat, einen „normalen“ Arbeitsplatz zu finden, als jemand, der einen geförderten Arbeitsplatz im Privatsektor inne hatte.



Plakat für das Programm „emplois d’avenir“, das sich an Jugendliche mit keiner oder nur geringer Qualifikation richtet. | Quelle: Parti Socialiste (CC BY-NC-ND).

Die *contrats de génération* sollen Unternehmen dazu veranlassen, ältere Arbeitskräfte zu behalten und Jugendliche neu einzustellen. Unternehmen mit weniger als 300 Beschäftigten können drei Jahre lang jeweils 4.000 Euro an staatlichen Zuschüssen erhalten, sofern sie einen Jugendlichen (unter 26 Jahre) neu einstellen und zudem einen Mitarbeiter über 57 Jahre weiterbeschäftigen. Die ersten Generationenverträge wurden Anfang März 2013 im Beisein von Präsident Hollande unterzeichnet. Ziel der Regierung sind 500.000 *contrats* bis zum Jahr 2017. Präsident Hollande erklärte außerdem, dass er beabsichtige, die Berufsausbildung zu reformieren. Hierzu soll die Regierung bis zum Sommer einen Gesetzentwurf vorlegen.

Große Hoffnungen setzt die Regierung auch in die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern. Die Regierung hatte angeregt, dass die Gewerkschaften gemeinsam mit den Arbeitgebern Mittel und Wege finden, den rigiden Arbeitsmarkt in Frankreich flexibler zu gestalten. Im Januar hatten sich die Verhandlungspartner auf einen Kompromiss (*accord national*) geeinigt, der den Unternehmen mehr Flexibilität und den Beschäftigten besseren Schutz gewähren sollte. Die Präsidentin des Arbeitgeberverbandes (MEDEF), Laurence Parisot, begrüßte das Ergebnis als „Beginn einer Kultur des Kompromisses nach Jahrzehnten der Philosophie des sozialen Antagonismus“. Voraussetzung für die Ratifizierung durch Regierung und Parlament ist, dass mindestens drei der fünf Gewerkschaften den *accord national* akzeptieren. Das ist offenbar der Fall. Die Confédération Générale du Travail (CGT) – besonders radikal – und Force Ouvrière (FO) – kommunistisch geprägt, besonders im öffentlichen Sektor vertreten – lehnen ihn allerdings erwartungsgemäß ab.

**Dem Kompromiss zur flexibleren Gestaltung des Arbeitsmarkts von Gewerkschaften und Arbeitgebern müssen mindestens drei der fünf Gewerkschaften zustimmen. Das ist offenbar der Fall.**

Im März 2013 begann das Gesetzgebungsverfahren in der Nationalversammlung (Assemblée Nationale). Im April wurde der Gesetzentwurf an den Sénat weitergereicht. Es wird erwartet, dass das Gesetz noch vor der Sommerpause in Kraft treten kann. Im Kern enthält der Gesetzentwurf fünf Punkte:

- Möglichkeit der Lohnkürzung oder Anpassung der Arbeitszeit bei schwacher Konjunktur: Im Gegenzug gibt das Unternehmen Beschäftigungsgarantien. Die Übereinkunft erfolgt zwischen dem Unternehmen und denjenigen Gewerkschaften, welche die Mehrheit der Mitarbeiter im Unternehmen vertreten. Mitarbeiter, die nicht zustimmen, können „aus wirtschaftlichen Gründen“ entlassen werden.
- Erleichterung der Mobilität innerhalb des Unternehmens unter Beachtung der Interessen und persönlichen/familiären Situation des Betroffenen: Mitarbeiter, die nicht zustimmen, können „aus wirtschaftlichen Gründen“ entlassen werden.

- Stärkung der Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungs- bzw. Aufsichtsräten der Unternehmen: Unternehmen mit mehr als zwölf Mitgliedern müssen mindestens zwei Plätze im Verwaltungs- bzw. Aufsichtsrat für Vertreter der Beschäftigten zur Verfügung stellen.
- Vereinfachung der Prozedur zur Kündigung aus ökonomischen Gründen: Sobald sich Gewerkschaften oder Mitarbeiter mit dem Unternehmen auf einen Sozialplan geeinigt haben bzw. der Plan von der Arbeitsverwaltung akzeptiert wurde, kann er nicht mehr vor Gericht angefochten werden.
- Verbesserungen bei der Kostenerstattung der Krankenversicherung.

Es muss sich zeigen, ob diese Maßnahmen den erhofften Umschwung bewirken können. Selbst falls sie im Einzelnen erfolgreich funktionieren, kann die Wirkung auf den gesamten Arbeitsmarkt nur begrenzt sein. Präsident Hollande verspricht eine *inversion de la courbe du chômage* (Umkehrung des Kurvenverlaufs der Arbeitslosigkeit) bis zum Jahresende 2013.

### **KRAFT FÜR REFORMEN?**

In den letzten Wochen und Monaten hat sich der Rechnungshof (Cour des Comptes) mit verschiedenen Aspekten des Arbeitsmarktes befasst und dabei deutlich gemacht, dass erheblich größere Reformanstrengungen von Nöten sind. Dies übrigens sehr zum Leidwesen der sozialistischen Regierungsmehrheit. Denn der Präsident der Cour des Comptes, Didier Migaud, ist ein ehemaliger sozialistischer Abgeordneter der Assemblée nationale, der noch von Präsident Nicolas Sarkozy in dieses Amt berufen wurde.

Zwar wendet der französische Staat pro Jahr über 50 Milliarden Euro zur Förderung der Beschäftigung auf, für Arbeitslosengeld, für Arbeitsanreize, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und berufliche Bildung. Der Rechnungshof hält die Ergebnisse dieser Politik indes für enttäuschend. Vor allem, weil die Instrumente nicht an den sich wandelnden Arbeitsmarkt angepasst wurden. So hat das Kurzarbei-

tergeld wegen komplexer und bürokratischer Verwaltungsverfahren in der Krise 2009 in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland keine abfedernde Rolle gespielt. Generell, so der Rechnungshof, verfehle die Beschäftigungspolitik ihr Ziel und komme nicht denen zugute, die es am nötigsten hätten, vor allem denjenigen mit geringer Qualifikation, deren Beschäftigungschancen am geringsten seien.

## ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

**Um in Frankreich von der Arbeitslosenversicherung abgedeckt zu sein, genügt es, während der vorausgegangenen 28 Monate vier Monate lang Beiträge gezahlt zu haben.**

Dringend reformbedürftig ist auch das System der Arbeitslosenversicherung. Frankreich erzielt dabei im Vergleich mit anderen europäischen Staaten einen doppelten Rekord: kürzeste Beitragszeit, um von der Arbeitslosenversicherung zu profitieren, sowie das höchstmögliche Arbeitslosengeld. Um in Frankreich von der Arbeitslosenversicherung abgedeckt zu sein, genügt es, während der vorausgegangenen 28 Monate vier Monate lang Beiträge gezahlt zu haben.

Sobald ein französischer Arbeitsloser anspruchsberechtigt ist, kann er das im EU-Vergleich höchste Arbeitslosengeld beziehen, und das über den längsten Zeitraum. Der Höchstbetrag liegt bei 6.165 Euro pro Monat gegenüber beispielsweise 2.296 Euro in Deutschland. Die Dauer der Zahlung liegt je nach Beitragszeit zwischen vier Monaten und drei Jahren. Allerdings erhielten etwa im Jahr 2010 nur 1.600 Personen den Maximalbetrag. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld entsprach im Jahr 2009 67,3 Prozent des letzten Gehalts (Deutschland: 61,9 Prozent). Im Gegensatz zu vergleichbaren Staaten sind die Leistungen im Rahmen der französischen Arbeitslosenversicherung während des Leistungszeitraums jedoch nicht degressiv. Es fehlt also ein starker Anreiz, rasch wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Entsprechend ist das Defizit der Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahren massiv gestiegen, von kumuliert 6,1 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf voraussichtlich 18,6 Milliarden Euro im Jahr 2013.

Ein lohnendes Reformobjekt, aber auch ein besonders heißes Eisen im Arsenal der französischen Arbeitsmarktpolitik, ist das Arbeitslosenversicherungssystem für Künstler und Techniker bei Theater, Film und Fernsehen (*intermittents*).

Nutznieser des Systems können Künstler und Techniker sein, die innerhalb eines Zeitraums von rund zehn Monaten länger als 507 Stunden gearbeitet haben. Dies berechtigt zum Bezug von Arbeitslosengeld für maximal acht Monate. Dessen Höhe bemisst sich nach dem bezogenen Lohn und der Anzahl der gearbeiteten Stunden. Bei einem Monatslohn von 1.500 Euro würde ein Theatertechniker während der acht Monate der Arbeitslosigkeit 9.088 Euro beziehen. Im Jahr 2010 lag das durchschnittliche Arbeitslosengeld der *intermittents* bei 12.000 Euro, allerdings mit einer großen Spannweite: Die zehn Prozent der Bezieher der höchsten Beträge erhielten im Durchschnitt 40.000 Euro, die zehn Prozent der Bezieher der geringsten Erstattung erhielten durchschnittlich nur 5.000 Euro.

Tabelle 1

### Arbeitslosenquote und Arbeitslosenbezüge im europäischen Vergleich

	Frankreich	Spanien	Deutschland	Italien
Beitragssatz (in Prozent vom Bruttogehalt)	6,40	7,05	3,00	1,61
Minimale Versicherungsdauer bis zum Erwerb von Leistungsansprüchen	vier Monate innerhalb der letzten 28 Monate	ein Jahr innerhalb der letzten sechs Jahre	ein Jahr innerhalb der letzten zwei Jahre	zwei Jahre innerhalb der letzten zwei Jahre
Leistungsdauer	vier Monate bis drei Jahre	vier Monate bis zwei Jahre	sechs Monate bis zwei Jahre	acht bis 13 Monate
Monatliche Obergrenze für Leistungen (in Euro)	6.165,00	1.397,00	2.215,00	1.119,00
Arbeitslosenquote (in Prozent)	9,9	21,2	6,1	8,0

Quelle: Unedic, Eurostat, CAS, *Le Figaro*, 23.01.2013.

Das Versicherungssystem für die *intermittents* ist nicht nur sehr vorteilhaft für die Begünstigten, sondern lädt nach dem Urteil des Rechnungshofes auch zu massivem Missbrauch ein. Die Anzahl der *intermittents* ist mit rund 109.000 Personen zwar nicht sehr groß, durch ihre Rolle im Kultursektor Frankreichs besitzen sie aber ein enormes Störpotenzial, wie schon mancher Kulturminister verspüren

musste. Im Jahr 2003 wurde gar das Festival von Avignon wegen eines Streiks der *intermittents*, die um ihren privilegierten Status kämpften, abgesagt.

Die Arbeitslosenversicherung der *intermittents* betrifft zwar nur eine vergleichsweise geringe Personenzahl, hat aber gravierende finanzielle Auswirkungen. Angesichts der prekären finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte wird Frankreich nicht umhin können, auch an diesem System Einsparungen vorzunehmen. Die *intermittents* stellen ein Prozent aller von der Arbeitslosenversicherung erfassten Personen, aber 3,5 Prozent der Personen, die aus dem System Leistungen erhalten, und beziehen sechs Prozent der finanziellen Leistungen.

Die gesamten finanziellen Leistungen an *intermittents* beliefen sich im Jahr 2011 auf 1.270 Millionen Euro, die gesamten Versicherungsbeiträge auf lediglich 246 Millionen Euro. Das Defizit der Arbeitslosenversicherung der *intermittents* betrug demnach über eine Milliarde Euro – ein strukturelles Defizit, das seit 2003 jedes Jahr mit mindestens diesem Betrag zu Buche schlägt. Im Jahr 2009 entsprach das Defizit fast dem gesamten Jahresdefizit der Arbeitslosenversicherung (1.050 Millionen Euro). Im Jahr 2013 dürfte es etwa ein Viertel des Gesamtdefizits ausmachen.

**Die Kritik des Rechnungshofes an der Arbeitslosenversicherung für *intermittents* sei ein Beleg für dessen fehlendes Verständnis für die Logik einer Versicherung, sagte Arbeitsminister Michel Sapin.**

Bei einer Anhörung in der Assemblée Nationale Ende Februar 2013 hat Arbeitsminister Michel Sapin die Reformbedürftigkeit dieses Systems bestritten. Die Kritik des Rechnungshofes sei ein Beleg für dessen fehlendes Verständnis für die Logik einer Versicherung. Diese bestehe darin, dass jene, die am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen seien, von denen unterstützt würden, die Arbeitslosigkeit nicht zu fürchten hätten. Er versicherte: „Die Regierung hat nicht vor, das System der Versicherung der *intermittents* in Frage zu stellen.“ Ähnlich hatte sich schon François Hollande im Präsidentenwahlkampf 2012 geäußert. Wie sich diese Haltung mit der Feststellung verträgt, Frankreich sei bankrott, hat Minister Sapin bisher nicht erklärt.

## **KARENZTAGE IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR**

Mitunter belegen auch weniger beachtete Maßnahmen, dass der Reformeifer der Regierung durch ihre politische Prägung erkennbar gebremst wird. Ein besonderes Beispiel ist der Karenztag im Falle der Krankheit eines Beschäftigten im öffentlichen Sektor. Im privaten Sektor gibt es bis zu drei Karenztage. Wird ein Mitarbeiter eines privaten Unternehmens krank, erhält er eine reduzierte Lohnfortzahlung vom System der Sozialversicherung, bei drei Karenztagen allerdings erst ab dem vierten Krankheitstag.

Im öffentlichen Sektor wurde erst im Jahr 2012 von der Regierung Sarkozy ein Karenztag eingeführt. Man hoffte natürlich auf Einsparungen, aber auch auf eine Reduktion der im öffentlichen Sektor recht hohen Zahl der Krankheitstage (22,6 Tage im Jahr 2011). Im Februar 2013 erklärte die für den öffentlichen Dienst zuständige Ministerin kurzerhand, der Karenztag werde wieder abgeschafft, denn diese Maßnahme sei „ungerecht, nutzlos, ineffizient und demütigend“. Vielleicht wollte die Ministerin auch die explosive Stimmung unter den öffentlich Bediensteten etwas beruhigen. Denn einige Tage zuvor musste sie bestätigen, dass es auch im Jahr 2013 keinen Inflationsausgleich (*revalorisation du point d'indice salarial*) für die Beschäftigten des öffentlichen Diensts geben werde.

## **AMNESTIEGESETZ**

Wie sehr die Linke im Land Präsident Hollande und seiner Regierung zusetzt und wie wenig sie von Kompromiss und Dialog zwischen den Sozialpartnern hält, belegt eine andere Entwicklung: Am 27. Februar beschloss die linke Mehrheit im Senat mit den Stimmen der PS-Senatoren eine von den Kommunisten (Front de Gauche) eingebrachte Amnestie für alle Delikte, die während Arbeitskämpfen, Gewerkschaftsaktivitäten und Demonstrationen verübt wurden. Von Strafverfolgung ausgenommen werden alle Vergehen, die zwischen dem 1. Januar 2007 und dem 1. Februar 2013 begangen wurden und die mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden könnten. Der Text liegt nun der Assemblée Nationale zur Beratung vor.

Die französische Justizministerin unterstützt die Initiative, der Innenminister ist strikt dagegen. Angesichts der Gewaltexzesse, der mutwilligen Zerstörungen und des Vandalismus, die immer wieder bei Arbeitskämpfen und Demonstrationen zu beklagen sind (zum Beispiel im Falle Goodyear), fragt man sich, ob sich die linke Mehrheit im Senat darüber im Klaren ist, welche Botschaft sie mit dieser Gesetzesinitiative aussendet. Möglicherweise ist das aber gerade beabsichtigt.

### WANN KOMMT DIE WENDE?

Mit den bisherigen halbherzigen Reformen wird Präsident Hollande die Wende nicht gelingen. Die bisher geplanten und erst teilweise umgesetzten Reformmaßnahmen setzen an der falschen Stelle an und/oder gehen nicht weit genug. Die Regierung geht von zu optimistischen Wachstumsaussichten aus und gibt der Erhöhung von Steuern und Abgaben Vorrang vor Ausgabenkürzungen. Vermutlich muss die Lage noch schlechter werden, bevor Präsident Hollande gezwungen sein wird, seine sozialistische Wirtschaftsphilosophie über Bord zu werfen und wirkliche Reformen in Angriff zu nehmen. Solange Präsident Hollande und seine Regierungsmehrheit noch meinen, sie könnten mit Projekten wie „mariage pour tous“ (Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe mit Adoptionsrecht) und „moralisation de la vie politique“ (Veröffentlichung der Vermögensbestände der Kabinettsmitglieder) die Öffentlichkeit von den eigentlichen Problemen des Landes ablenken, ist der Zeitpunkt für die Wende noch nicht gekommen.

**Die Sozialisten versuchen, von ihrer Erfolglosigkeit abzulenken. Das Europa der strikten Sparpolitik wird für die aktuellen Schwierigkeiten in Frankreich und in Europa verantwortlich gemacht.**

Der Eklat um den Anfang Mai wohl gezielt in die Öffentlichkeit lancierten Entwurf eines Europaantrages für einen Parteitag der PS im Juni hat überdeutlich klar gemacht, wie es um die Aussichten für eine baldige Wende hin zu wirksamen Reformen in Frankreich steht. Mit dem Text versuchten die Sozialisten, von ihrer eigenen Malaise und Erfolglosigkeit abzulenken. Das konservative Europa, das Europa der strikten Sparpolitik und Bundeskanzlerin Merkel wurden für die aktuellen Schwierigkeiten in Frankreich und in Europa verantwortlich gemacht. Das Gemeinschaftsprojekt der EU werde beschädigt von einer Allianz zwischen den von Thatcher inspirierten Ideen des britischen

Premierministers und der „egoistischen Unnachgiebigkeit der Kanzlerin Merkel“.

Den Autoren des Antrags geht es nicht um Reformen. Der Antrag ist Teil des PS-internen Kampfes der Reformgegner (Bartolone, Desir, Montebourg, Hamon unter anderen) gegen die reformfreundigere Strömung innerhalb der PS (Moscovici, Sapin, Ayrault). Der Richtungskampf innerhalb der Regierungsmehrheit und der PS ist in vollem Gange. Außerdem werden Deutschland und die Sparpolitik der Bundeskanzlerin zum Sündenbock erklärt, auf den die ganze Misere der französischen Wirtschaftspolitik abgeladen wird.



Erhitzte Gemüter: Solange Präsident Hollande meint, er könnte mit Projekten wie „mariage pour tous“ die Öffentlichkeit von den eigentlichen Problemen des Landes ablenken, ist der Zeitpunkt für die Wende noch nicht gekommen. | Quelle: Nils Hamerlinck, flickr (CC BY-SA).

Nach den äußerst kritischen Reaktionen in der Öffentlichkeit und den Medien versuchte die PS zurückzurufen: Es handle sich nur um einen Entwurf, der noch überarbeitet werden müsse. Es wäre aber ungewöhnlich, wenn der Entwurf vor seiner Veröffentlichung nicht auch im Elysée-Palast gegengelesen worden wäre. Die Riege der Befürworter einer kritischeren Haltung gegenüber Deutschland bzw. der Sparpolitik der Bundesregierung (der Präsident der Assemblée Nationale, Bartolone, sprach gar von „Konfrontation“) zeigt, dass es sich hierbei nicht nur um die Meinung einer Randgruppe des Regierungslagers handelt. Präsident Hollande hat zwar daraufhin wiederholt, Deutschland und Frankreich müssten zusammenarbeiten, unabhängig von der jeweiligen konjunkturellen Situation, von den sie regierenden Personen und von den politischen Sensibilitäten. Kaum verhohlen setzt die Linke in Frankreich allerdings auf einen Regierungs- und Politikwechsel bei den Bundestagswahlen in diesem Jahr, und in der Folge auf eine Abkehr von der Sparpolitik.